

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Februarhälfte 1200.— Mk. Einzelverkaufspreis 70.— Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anmietgebühr beträgt für die acht gesetzten Petitszelle oder deren Raum 250.— Mark, auswärtige 300.— Mark für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungen angenommen 200 Mk. für Reklamen 1000.— Mk. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

Südwestdeutsche Volksboten

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 40.

Freitag, 16. Februar 1923.

30. Jahrgang.

Zu spät!

Dr. L. Lübeck, 15. Februar.

Der Dollar sinkt weiter. Mit 17000 wird er zur Stunde in Berlin gehandelt. Aber es ist niemandem mehr so recht bei der Geschichte.

Die Börsenberichte melden übereinstimmend, daß die Neuyorker Spekulation ihre Gewinne zu realisieren beginne. Der Zeitpunkt des Umtauschs der Börsenlage tritt in greifbare Nähe. Es springt deshalb immer wieder unsichere Stimmung im Geschäft auf, und nur das fortwährende Abstoßen von Devisen verbunden mit großen Marktläufen der Reichsbank hält die natürliche Entwicklung vorläufig auf.

Mit der Reichsbank arbeiten zwei Welthäuser — Bleichröder und Mendelsohn — zusammen. Ihre Verbindungen an allen Börsenplätzen der Welt leisten der Reichsbankaktion wirkungsvolle Unterstützung. Diese Aktion stützt sich nicht nur auf Devisenabgaben, auch Effekten werden in großem Umfang auf den Markt geworfen. Besonders allerwerteste Montanwerke, wie Harpener und Gelsenkirchener, werden von Mendelsohn überall verkauft. Daher die starken Kursrückgänge gerade der Montanpapiere.

Hinter den Kulissen der Börse erzählt man, daß die Reichsbank die Absicht habe, den Dollar zu 15000 herabdrücken. Dieses Ziel wird voraussichtlich mit Wochenende erreicht sein. Die ganze kommende Woche rechnet man dann noch mit einem schwedenden Dollar zu 15000, da das heranrückende Montatsende große flüssige Marktbeträge binden wird. Nach dem 1. März aber — doch das wird man ja sehen. Diese Sorgen für die Zukunft müssen wir zunächst den Spekulanten überlassen.

Uns bewegen andere Erwägungen. Seit Monaten verlangen wir, verlangt die ganze sozialdemokratische Presse ein Eingreifen der Regierung und der Reichsbank zur Verhinderung des Marktzusammenbruchs. Der Erfolg unseres ewigen Drängens war die bekannte Notverordnung des Reichspräsidenten gegen den Deutschen Handel.

Eine gleichzeitige aktive Stützungsaktion der Reichsbank mit Hilfe ihrer Devisen und ihrer Goldreserven wurde auf das entschieden abgelehnt, besonders energisch abgelehnt von dem Präsidenten Havemann. Denn solche Aktionen seien völlig wertlos! Nur auf dem völlig freien Markt der internationalen Börse beruhe das Heil.

Und heute ist der glänzende Beweis dafür erbracht, daß Reichsbank und Reichsregierung sehr wohl die Magie gehabt hätten, die unerhörte Entwertung der Mark in den letzten zwei Monaten zu verhindern. Was in der schweren

Zeit der Ruhrbesetzung möglich war, nachdem der Dollar auf 50000 stand, das wäre unendlich leichter und wirkungsvoller gewesen vor dem französischen Einmarsch bei einem Dollar zu 6000.

Wir können nur immer wieder voll Trauer und Zorn feststellen, daß es der Wahnsinn deutschbürgerlicher Politik zu sein scheint, ihre Brünnen gründlich erst dann zu zudecken, wenn das Kind darin ertrunken ist. Das grauenvolle Wort zu spät steht auch heute wieder an dem Himmel Cunos; es ist das heiligste und hellste Gestirn in der deutschen Politik überhaupt.

Interessant ist die Gestaltung der Warenpreise seit dem Fall des Dollars. Einige Waren, die seit langem in Dollars berechnet werden, wie Margarine und Schmalz, sind leicht gefallen, aber nicht entfernt in gleichem Maße wie der Dollar. Alle anderen Werte aber klettern munter weiter. Lebendwaren sind noch genau so teuer wie bei der doppelten Höhe der Devisen; Textilien haben noch nicht um 1 Prozent ihre Preise herabgesetzt. Steigt der Dollar, so steigen die Preise. Fällt der Dollar, so steigen die Preise auch.

Die Herren Grossisten und Industriellen sind an das Heraussetzen der Preise so gewöhnt, daß Preisermäßigungen gar nicht mehr in ihrem Geschäftslexikon in Erwägung gezogen werden. Der Mensch ist ein Wesen, das sich an alles gewöhnt, sagt Dostojewski; besonders leicht aber ans Profitnehmen, ergänzt die deutsche Arbeiterfrau, wenn sie Einkäufe machen soll.

Die letzten Tage haben klar bewiesen, daß es in der Macht der Reichsregierung gelegen hätte, die ungeheuerlichen Preissteigerungen im Januar und auch schon früher zu verhindern. Sie hat es nicht getan! Die Zukunft wird lehren, daß die Reichsregierung wieder nichts tun wird, um einer erneuten ungeheuerlichen Preiswelle im Frühjahr zu begegnen. Aus Angst vor der Großindustrie und vor dem Großhandel wird sie wieder vor allen strengen Maßregeln zögern und zusammensinken.

Ihre gegenwärtige plötzliche Tatkraft ist nur die auflämmende Glut des nationalistischen Strohfeuers. Sie wird in sich zusammenfassen und rasch verrauen, wenn es gilt, dem Profit endgültig die Fänge etwas zu stuzen. Dann wird auf einmal der alte Schlendrian wieder eingesen. Und die ganze Regierungskunst Cunos wird wieder austingen in dem Satz: Proletarier, schallt den Niemen enger!

Das aber werden wir uns nicht mehr lange gefallen lassen; auch uns wird dann der Ruf der Massen aufpeitschen zu einem Hergustreten aus der Politik des Jögerns und Abwartens.

direktor du Casiel, die gestern abend in London angekommen sind, wird heute vormittag mit Lord Curzon verhandeln und nachher von Bonar Law empfangen werden. Aus einer Meldung der „Daily Mail“ ist zu schließen, daß Minister Le Trocquer an die britische Regierung zweierlei Forderungen stellen wird.

1. Die Überlassung eines kleinen Streifens des englischen Besitzungsgebietes an Frankreich.
2. Die allgemeine Ermächtigung, die Eisenbahnen der britischen Zone zu benutzen.

Über den letzten Punkt wäre, wie eine aufsehenerregende Reuterdepesche aus Köln meldet, eine Einigung bereits innerhalb der Internationalen Eisenbahnkommission im Rheinlande zustande gekommen. Die Einzelheiten des Abkommens werden geheim gehalten.

Die Gelsenkirchener Kontribution nicht gezahlt.

Degoutte ist nicht zu sprechen.

II. Gelsenkirchen, 15. Februar.

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die von der französischen Besatzungsbehörde auferlegte Kontribution von 100 Millionen auf keinen Fall zu zahlen.

Die Fraktionsvertreter des Stadtparlamentes, die gestern nach Düsseldorf zum General Degoutte gefahren waren, um ihren Protest zu überreichen und ihm den deutschen Standpunkt klar zu legen, wurden von zwei jüngeren Offizieren empfangen, die sich, nachdem sie das Wort Protest gehört hatten, weigerten, die Herren vorzulassen. Es blieb der Gelsenkirchener Abordnung daraufhin nichts anderes übrig, als das Protokoll zu schreiben für den General dort zu lassen.

Die Güter-Blockade.

Essen, 15. Februar.

Die französisch-belgische Besatzung hat in den letzten Tagen Maßnahmen getroffen, um die Güter-Blockade in verstärkter Form durchzuführen. Trotzdem ist ein genau geregelt System noch nicht zur Anwendung gekommen. Die einzelnen Maßnahmen werden bisher noch auf den einzelnen Kontrollstationen ver-

schiedener Art durchgeführt. In Düsseldorf werden z. B. Güter jeglicher Art, auch Sand und Baustoffe angehalten. In Lünen sind für Holland bestimmte Waren und drei für Argentinien bestimmte Waggons festgehalten. Bei Dorsten ist eine Fuhrwerkkontrolle und bei Bochum-Winkel sogar eine Personenkontrolle eingerichtet worden. Gleichzeitig sind Vorbereitungsmassnahmen für die Zollhebung in größerem Umfang festzustellen. Auf einer Reihe von Sperrstationen sind belgische und französische Zollbeamte stationiert worden. Auf einigen Stationen hat man auch bereits versucht, Zölle zu erheben. Doch hat dieser Versuch zu erheblichen Erfolgen für die Franzosen und Belgier nicht geführt.

Der entwertete Franken.

II. Paris, 13. Februar.

Wie die Morgenblätter melden, werden die Zinsen für die französischen Bonds der Nationalen Verteidigung und der Schatzscheine vom kommenden Montag ab wegen der eingetretenen Geldentwertung um 50 Centimes pro Hundert herausgesetzt.

Zwei Aufrufe der Bergarbeiterverbände.

Bielefeld, 16. Februar. (Vorwärts.)

Sämtliche deutschen Bergarbeiterverbände veröffentlichen einen Aufruf an die Arbeiterschaft der Welt, in dem es heißt:

Die organisierte Arbeiterschaft ganz Deutschlands hat getreu ihren Grundfährten und ihrer Tradition den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus aufgenommen. Der französisch-belgische Militarismus zeigt sich bei seiner Aktion im Ruhrgebiet wie jeder andere Militarismus in seiner wahren Gestalt. Misshandlungen, Ermordungen und Vergewaltigungen friedlicher Menschen sind seine Spuren. In entsetzlicher und grauenvoller Weise wird die friedliche und wehrlose Ruhrbevölkerung von Offizieren mit der Keule misshandelt. Die Bewohner werden auf offener Straße schonungslos durchgepeitscht. Aus Essen wurden an einem Tage allein 22 solcher Fälle gemeldet. Große Erhitterung der Ruhrbevölkerung ist die Folge. Der Druck der französischen Herrschaft trifft ganz besonders die Arbeiter, die Frauen und Kinder, die alten Invaliden, Witwen und Witfamilien schwer. Großes Elend ist die Folge der Besetzung. Dies jedoch nicht allein. Die französische Militärherrschaft schändet die Zivilisation, sie verschändet das wirtschaftliche Streben der Menschen nach Wohlstand, Wiederaufbau Europas dadurch und Kultur, desorganisiert das ganze Wirtschaftsleben der Welt zum Schaden aller Völker. Wir sind entschlossen, den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus bis zu seinem Ende zu führen. An Euch, Arbeiter der ganzen Welt, wenden wir uns, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, denn unser Sieg ist auch Euer Sieg.

Die Bergarbeiterverbände wenden sich in einem anderen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrreviers. Die Ereignisse der letzten Tage zeigen mit Deutlichkeit, daß die Besetzung versucht, die Arbeiterschaft zu provozieren. Ihre bisherige ruhige aber entschlossene Abwehrkraft ist den Eindringlingen unheilig. Sie verfügen durch einen allgemeinen Aufruhr der Arbeiter und durch blutige Zusammenstöße mit ihnen ihr Ziel zu erreichen, was ihnen bis jetzt nicht möglich gewesen ist. Ei die Bergarbeiterkraft richten wir deshalb die dringende Mahnung, sich nicht provozieren zu lassen, sondern Ruhe und Besonnenheit wie bisher zu bewahren. Nur dadurch wird es gelingen, den Abwehrkampf gegen die Fremdherrschaft siegreich zu beenden. Dem französisch-belgischen Imperialismus und Militarismus wäre nichts erwünschter als ein allgemeiner Aufstand. Kommunisten und Unionen, die fortgeht nach dem Generalstreik rufen, unterstehen bewußt oder unbewußt die Pläne Poincaré.

Das Ergebnis des Volksopfers.

Ist das alles?

Am Donnerstag trat der Vertrauensausschuß des „Deutschen Volksopfers“ zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Reichsanzler teilte mit, daß der Geschäftsstelle bisher rund 3 Milliarden Mark,

außerdem mehrere hundert Millionen Mark in Devisen zugegangen seien. Die bei den Sammelstellen im Lande noch vorhandenen Beträge sind hierin nicht enthalten. Die von dem Vertrauensausschuß für die Sammlung und die Verteilung angenommenen Richtlinien bestimmen, daß das Volksopfer dienen soll, Notstände zu mildern und zu beheben, die aus Anlaß des Einbruchs in das Ruhrgebiet im deutschen Volk, und zwar zunächst im Einbruchsgebiet selbst und im alten Gebiet, dann auch darüber hinaus entstehen und nicht durch Fürsorgemaßnahmen des Reiches, der Länder, Gemeinden und wirtschaftlichen Organisationen ausgeglichen werden. Zur Durchführung des Hilfswerks wurde ein Arbeitsausschuß gebildet, dem Vertreter des Reichsrats, der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, der Beamtenchaft und der Presse u. a. angehören. Beslossen wurde, sofort für das rheinisch-westfälische Gebiet rechts des Rheins 500 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen und entsprechende Summen für die übrigen besetzten Gebiete zur Verteilung zu bringen, sobald dort die erforderlichen Interessenten gebildet sind.

Läßt England Kohlen durch Köln?

II. Paris, 15. Februar.

Die französische Abordnung, bestehend aus dem Arbeitsminister Le Trocquer, dem General Gayot und dem Eisenbahn-

Dollar 18800.

Milderung des Steuerunrechts.

Nach den vom Steuerausschuss des Reichstages am Mittwoch gesetzten Beschlüssen sind die Gehalts- und Lohnempfänger an sechs vollen Arbeitstagen im Februar von Steuerabzügen bereit. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, in Fällen, in denen es zur Angleichung an eine Lohnzahlungsperiode erforderlich ist, den Zeitraum anderweitig zu bestimmen. Die Abzüge von der Lohnsteuer sind ab 1. März 1928 wie folgt festgesetzt:

Bei Monatseinkommen:

Für den Ehemann	800 Mark
Für die Ehefrau	800 Mark
Für jedes Kind	4000 Mark
Werbungskosten	4000 Mark

Bei wöchentlicher Lohnzahlung:

Für den Ehemann	192 Mark
Für die Ehefrau	192 Mark
Für jedes Kind	960 Mark
Werbungskosten	960 Mark

Die Neuregelung hat bei einem Arbeiter, der verheiratet ist, zwei Kinder und ein wöchentliches Einkommen von 50 000 Mk. hat, folgende Wirkung:

Wochenlohn 50 000 Mk.

10 Prozent Steuer 5 000 Mk.

Von der Steuer kommen im Abzug: 3 264 Mk.

Es sind also zu zahlen: 1 736 Mk. an Steuern.

Dies bedeutet gegenüber der bisherigen Steuerleistung aus dem gleichen Einkommen (3884 Mk.) eine Erleichterung um mehr als 2000 Mk. Die vom Steuerausschuss beschlossene Änderung des § 46 des Einkommensteuergesetzes macht den Versuch, die Steuerabzüge der Geldentwertung wenigstens einigermaßen anzupassen und Steuerunrecht bei den Lohn- und Gehaltsempfängern abzumildern. Schon vor Monaten hat die Sozialdemokratische Fraktion der Reichsregierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß etwas getan werden müsse. Auch die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben die Reichsregierung mehr als einmal darauf hingewiesen, daß der gegenwärtige Zustand unhalbar und schlimmste Abhilfe nötig ist.

In einer kürzlich stattgefundenen Besprechung von Vertretern des ADGB. und Mitgliedern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichsfinanzminister hat sich dieser zu einer Änderung des bisher bestehenden Einkommensteuergesetzes bereit erklärt und eine entsprechende Vorlage angekündigt. Der nunmehr an den Steuerausschuss gelangte Entwurf sah eine Erhöhung der Abzüge um das Dreifache vor. Von der Sozialdemokratischen Fraktion wurde in den Verhandlungen darauf hingewiesen, daß diese Erhöhung des Steuerabzuges der Geldentwertung nicht Rechnung trägt. Sie beantragte, den Steuerabzug nach Maßgabe des § 46 auf das Viersache zu erhöhen. Die Mehrheit des Ausschusses schloß sich diesem Antrage an, nicht ohne daß von demokratischer und deutschnationaler Seite der Versuch gemacht wurde, die steuerfreien Arbeitstage im Februar zu bestätigen.

Die Milderung des Lohnsteuerunrechts, wie sie die neu beschlossene Abänderung bringt, haben die Lohn- und Gehaltsempfänger einzig und allein der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages zu danken. Es ist zu hoffen, daß der Reichstag den Beschlüssen des Steuerausschusses zustimmt.

Das liebe Bankgeheimnis.

Das Gesetz zur Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen war Mittwoch Gegenstand der Beratungen des Steuerausschusses des Reichstages. Besonders eingehend wurden dabei die Maßnahmen betr. das Bankgeheimnis besprochen. Nach der Regierungsvorlage soll der § 189 der Reichsabgabenordnung geändert und die Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht geändert werden. Der § 189 der Reichsabgabenordnung schreibt vor, daß öffentliche und private Banken ihrem Finanzamt ein Verzeichnis ihrer Kunden einzureichen haben, daß auch die im Laufe des Jahres erfolgten Zugänge erhalten muß. Gegen diese Bestimmung haben die Interessenten

Sturm gelauzen und die Regierung hat dem Drängen teilweise nachgegeben. Der Reichswirtschaftsrat ging noch weiter und verlangte die vollständige Wiedereinführung des Bankgeheimnisses. Genoss Herz wies in der Sitzung des Steuerausschusses mit Nachdruck darauf hin, wie jede Einschränkung der Kontrolle durch die Finanzämter besonders heutzutage sei und geradezu zur Steuerhinterziehung anregen müsse. Die Steuerbehörden müssen Gelegenheit haben, in jedem Augenblick einzugreifen. Die Einwände, daß die Aufhebung des Bankgeheimnisses den Steuerbehörden keinen Erfolg gebracht habe, werde durch die Begründung der Vorlage durch die Regierung selbst widerlegt, in der die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses als nicht unbedenklich bezeichnet wird. Der Sturmlauf gegen den bisherigen Zustand habe keine Ursache darin, daß die Veranlagung zur Vermögenssteuer und zur Zwangsanleihe bewußt sei, deshalb wolle man auf gesetzlichen Wege die Steuerhinterziehung sanktionieren. Die Sozialdemokraten müßten mit aller Entschiedenheit die Vorlage

der Regierung ablehnen, noch mehr aber den vom Reichswirtschaftsrat eingenommenen Standpunkt. Sie verlangt die Auslegung der Steuerlisten, aus der dem ehrlichen Steuerzahler kein Nachteil erwächst.

Die Redner der bürgerlichen Parteien waren natürlich einstimmig der Meinung, daß die Aufhebung des Bankgeheimnisses unhalbar sei und erklärten ihre Zustimmung zur Regierungsvorlage, durch welche das Recht der Kontrolle der Bankdepots teilweise preisgegeben wird. Bezeichnend für die Steuermoral der Besitzenden war die Neuerung des Abgeordneten Helfferich, der erklärte, daß bei der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes die Vermögen eben anderweitig verstaut und dem Zugriff der Steuerbehörde entzogen würden.

In der Abstimmung wurde gegen die Stimmen der Linken der § 189 der Reichsabgabenordnung gestrichen. Der sozialdemokratische Antrag auf öffentliche Auslegung der Steuerlisten versiel der Ablehnung.

Volkswirtschaft.

Die Sorgen der Luxusindustrie.

Außerordentlich bezeichnende Schlaglichter auf das Umgekundete der gegenwärtigen Geschäftslage wirft der Geschäftsbereich des Deutschen Automobilhändler-Bündnisses, der kürzlich veröffentlicht wird. Der Verband hat nämlich Erhebungen darüber veranlaßt, wie sich der Kundentreis im Automobilhandel zusammensetzt. Schon einleitend stellt der Bericht fest, daß nach der Ausübung einer der größten Automobilhandelsfirmen der Absatzkreis vorzugsweise in der Großstadt zu suchen ist. Sie berichtet, daß für fertig dastehende Wagen besonders an Tagen noch erheblichen Kurzaufschlägen in Wertpapieren Käufer zu finden waren. . . . Der Kauf eines Kraftwagens ist heute in Deutschland häufig eine Erziehungsform der Flucht vor der Mark, der Anlage von Kapital in wertbeständigen Sachwerten. . . .

Automobile als Gebrauchswaren werden immer seltener, es sei denn daß es sich um zahlungsfähige Käufer handelt. Besonders die sogenannten „vornehmen Rentner“ können sich heute einen Kraftwagen nicht mehr leisten. Der Bericht führt fort:

„Die Käufer, die heute für das Automobil in Betracht kommen, gruppieren eine der von uns befragten Firmen folgendermaßen und bestätigt damit das von anderer Seite hundertfach Wiederholte:

- a) in Deutschland lebende oder vorübergehend anwesende Ausländer mit starken Saluten;
- b) geschäftliche Unternehmen, zu denen auch die große Menge der Neureichen gehört, die schließlich irgend einen Beruf, sei es auch noch so zweifelhafter Natur, haben;

- c) Gutsbesitzer, bei denen sich eine lebhafte Neigung zur Anschaffung von Kraftwagen geltend macht, da der Unterhalt der Pferde, die auch in der Ruhe der kostspieligen Pflege und Fütterung bedürfen, sich immer ungünstiger gegenüber dem Automobil, das unbeküttelt keinerlei Ausgaben verursacht, stellt.

In der zweiten Gruppe treten neben der Großindustrie, die wohl voran steht, unter dem Einfluß der bevorstehenden Konjunkturlage eine Reihe von Geschäftszweigen auf, die früher jenseits in diesem Umfang nicht in den Automobilkaufmännern gehörten haben, wie Viehhandel, Holzhandel, Müllereigewerbe, Lebensmittelhandel. Beachtenswert ist, daß auch kleinere Gewerbetreibende, die regelmäßige auswärtige Kundenschaft zu besuchen haben, neuerdings Kraftfahrzeuge mit Vorliebe benutzen. Trotz steigender Betriebskosten war es eben doch gegenüber den ja gleichfalls im vergangenen Jahr stark erhöhten Eisenbahnfahrtpreisen zeitweilig immer noch das billigere Verkehrsmittel, abzusehen davon, daß es auch eine rationellere Zeitnutzung gestattet. Der gleiche Grund ist auch entscheidend für eine zunehmende Verwendung durch Reisevertreter größerer Firmen. Und ebenso hat die Verbreitung der Eisenbahnsträßen der Verbreitung des Lastkraftwagens Vorhub geleistet.“

Diese Hinweise zeigen, wo die wirklich zahlungsfähigen Käufer von Automobilen zu suchen sind. Während in steigendem Maße von neuen Reichen und von Geschäftsleuten Autos gekauft werden, sind nach dem Bericht Aerzte heute in der Regel gar nicht mehr imstande, sich einen Kraftwagen zu kaufen, um ihre oft ausgedehnte Praxis auf dem Lande auszuüben.

Sie müssen zu dem im Betriebe billigeren Motorrad übergehen oder das gewöhnliche Fahrrad benutzen.

Diese Entwicklung ist eine Folge davon, daß sich die Betriebskosten der Unterhaltung der Automobile ständig verteuern, aber auch davon, daß die oben gekennzeichneten Kreise eben mehr Geld übrig haben, um sich die Anlage ihres Kapitals in einem Auto gestalten zu können. Das ist wertvolles Material für die Steuergehegezung. Es kommt hinzu, daß die Automobilhändler und Fabrikanten durch die Einführung der Gleitpreise ihre Absatzpreise so hoch gebrückt haben, um die Benutzung des Autos zu beruflichen Zwecken zu ermöglichen. Die Kaufkraft derjenigen Kunden, die früher einen Kraftwagen benutzt, ist eben zu sehr gesunken, als daß sie sich noch den Luxus eines Autos leisten könnten.

Es ist daher vollkommen irreführend, wenn der Bericht behauptet, der Kraftwagen sei heute nicht mehr ein Luxusfahrzeug, sondern ein dem wirtschaftlichen Berufsverkehr unmittelbar dienendes Transportmittel. Jedenfalls trifft das für den Personalaufwand nicht zu. Es wäre der Fall, wenn die deutschen Automobilfabrikanten es verstanden, die Preise ähnlich zu senken, wie es den Amerikanern gelungen ist, wo in einzelnen Staaten jeder fünfte Einwohner ein Automobil besitzt. Solange aber die rigide Preispolitik nicht nur der Automobilfabrikanten selbst, sondern auch der Hersteller ihrer Rohstoffe und der Produzenten von Betriebsmaterialien diejenigen von der Benutzung eines Autos ausschließen, wird der Kraftwagen ein Luxusverkehrsmittel sein.

Nach diesen Darlegungen ist es begreiflich, daß die Automobilhändler für den Geschäftsgang in diesem Jahre lebhafte Besorgnisse haben, da man immer fürchten muß, daß mit einer Stabilisierung der Mark die einzigen Käufer, die heute noch da sind, Balatausländer, Großindustrielle, Spekulanten und Großgrundbesitzer, auch noch ausfallen werden, oder aber ihre in spekulativer Absicht gestraubten Wagen beim Rückgang der Preise wieder veräußern und damit die drohende Abschottung noch verschärzen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 16. Februar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	15. Februar.	14. Februar.
Amsterdam	1 fl.	7655.81
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1007.47
Kristiania	1 Kr.	3591.—
Kopenhagen	1 Kr.	3665.—
Stockholm	1 Kr.	5187.12
Helsingfors	1 finn. Mk.	502.74
Rom	1 Lire	912.71
London	1 £	90528.12
New York	1 Doll.	19451.25
Paris	1 Frs.	1162.11
Zürich	1 Frs.	3615.98
Madrid	1 Pesetas	3017.48
Wien	100 Kr.	—
Prag	1 Kr.	578.56
Budapest	1 Kr.	7.18

17.

Wo ein junges Mädchen in einem Dachstübchen wohnt, da haust auch in einem Sonnenbeschienenen Häuschen ein Vogelchen, das den Frühling vertritt und singt und hüpfst, während seine Herrin die Nadel führt. Aber Cornelius hatte ein noch viel hübscheres Vogelchen, um die einzelnen Stunden seiner Arbeit zu erleichtern und ich, der ich euch diese Geschichte erzähle, möchte vom Morgen bis zum Abend arbeiten unter der einzigen Bedingung, daß man mich erkennt, wie den Cornelius. Die Wiege der Mutter Simone war eine schöne Wiege, auf der man beständig das Glöckchen der Haustochter Blanche hinnahm. Das war zunächst eine Zeiterinnerung für Cornelius. Aber die Wiege lag hinter dem Häuschen, dem sie als Garten diente, und sie war von einem Weidengebüsch umgeben, das dem neugierigsten Auge undurchdringlich war. Sobald Luise eine freie Minute hatte, stieg sie zu Cornelius; sie tollte mit ihm, zwitscherte mit den Vögeln des Weidengebüschs, um die Wiege und ließ über seine hellstrohfarbene Leinwand. Oft brachte sie ihre Arbeit mit. Cornelius mochte ihr ein Sonnendach mit einem Stielzeug, das er von einer Weide zu anderen sprang, und einen Sitz von blühenden Kräuterbüschen, über die er seinen Rad ausbreitete. Luise arbeitete an seiner Seite, sie plauderte, lachte, quälte ihn auf tausendfache reizende Weise oder sprach mit ihm über Physik, wenn ihre Redeteile ihn zu sehr gepeinigt hatten; dann wieder verbrachte sie ganze Viertelstunden, indem sie ihm mit aufzog. Manchmal brachte Mutter Simone dem Cornelius das Frühstück unter die Weiden und die Liedsänger aßen zusammen. Dann war ein halber Tag für den Ballon verloren, denn nach dem Frühstück mußte man einen Spaziergang an den Ufern der Nonne machen. Wenn Cornelius sich beschlaßt, daß sie ihr höre, antwortete sie, daß er noch immer Zeit habe, ein großer Mann zu werden, und der Philosoph in ihm war derfelben Ansicht.

Abends holte Cornelius Luise von ihrem Vater ab, sobald das Nachtmahl beendet war, und sie gingen beim Mondchein in der Umgebung des Dorfes spazieren. Niemand fand etwas darin, denn auf dem Lande darf ein junges Mädchen mit dem überall hingehen, der ihr offen den Hof macht.

Eines Tages spazierten Cornelius und Luise an den Ufern der Nonne. Sie trafen einen Bauern, der einen großen Hecht trug, dem er eine Weidemarke durch die Kiefern gezogen hatte.

„Kauen wir uns diesen Hecht,“ sagte Luise zu Cornelius, „mir wollen meinen Vater sagen, daß wir den Hecht gefangen haben.“

„Gut,“ meinte Cornelius, „mir werden erzählen, daß wir ihn in dem Rinnhol der Quelle gesucht haben; das wird noch merkwürdiger sein.“

Fortsetzung folgt.

Belle-Blante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

26. Fortsetzung.

„Nicht weiter?“ saute Cornelius; „ich werde Sie zum Kirchenvorsteher von Saint Germain l'Auxerrois ernennen lassen oder von jedem anderen Kirchspiel von Paris, das Sie sich wünschen wollen. Wein mein Ballon fertig sein wird, werde ich in Frankreich ebenso mächtig sein, wie der Minister.“

„Sehr schön, aber ich will mein Dorf nicht verlassen, um Kirchenvorsteher in Paris zu werden.“

„Gut, du wirst Kirchenvorsteher honoris causa werden,“ sagte Luise. „Nicht wahr, Herr Cornelius, mein Vater wird hier im Dorfe wohnen und Ehren-Kirchenvorsteher in Paris sein können?“

„Zweifellos,“ erwiderte Cornelius.

„Ach gut, wenn Herr Cornelius keinen Luftballon vollendet haben wird, werden wir sehen. Bis dahin kann ich nichts versprechen.“

„Sie werden doch zum mindesten Herrn Belle-Blante den Abschied geben.“

„Gib du ihm selbst den Abschied! Ich gehe.“

In diesem Augenblick trat Belle-Blante über und über berührte.

„Nun, Herr Desalleagnes, sind Sie fertig?“

„Mein Vater beauftragt mich, Ihnen mitzuteilen, daß er keinen Neukauf mit Ihnen machen will,“ sagte Luise.

„Warum das?“ fragte Belle-Blante.

„Weil ich Sie nicht heiraten will.“

Mit Ihnen habe ich nicht verhandelt, mein Fräulein; das Geschäft geht Sie nichts an. Ihr Vater hat mit mir abgeschlossen. Er ist viel zu sehr Ehrenmann, um sein Wort nicht zu halten.“

„Seine Verbindlichkeit ist null und nötig,“ sagte Cornelius; „er hätte kein Recht, ein solches Geschäft für seine Tochter abzuschließen.“

„Herr Desalleagnes hat nicht nötig, daß du ihm einschlägt, gelehrter Cornelius. Ich will, daß er sich selbst über diesen Punkt auslässt.“

„Ahn wohl, mein!“ sagte Desalleagnes; „ich will keinen Neukauf machen.“

Und er zog sich zurück.

„Gut, alter Schelm!“ sagte Belle-Blante. „Ich habe Zeugen für das Geschäft, das wir gemacht haben; du wirst morgen vor mir hören.“

„So ist's recht,“ sagte Cornelius; „fordere Herrn Desalleagnes gerüchlich auf, dir seine Tochter auszuliefern. Seine Liebesbriefe durch den Gerichtsvollzieher hindern und seine Frau sich von Gerichtswegen zuprednen lassen, das ist ein Verfahren, das ganz und gar dir ähnlich sieht.“

Deutschland in Not!

Liefer und tiefer gräbt der gallische Geier seine Krallen in deutsches Land. Schon hat er, unter neuem schweren Bruch des Versailler Vertrages, nach Baden und Hessen und nach der deutschen Grenze am rechten Ufer des Niederrheins hinübergegriffen, um das Ruhrgebiet völlig von Preußen und Süd- von Norddeutschland zu trennen und dadurch Deutschland zu zerschlagen.

Sinnlos werden wertvollste wirtschaftliche Anlagen und Güter zerstört, mit rohester Gewalt, die dem Völkerrecht und allen Gesetzen der Menschlichkeit Hohn spricht, wird die wehrlose Bevölkerung der besetzten Gebiete gequält und misshandelt.

Aber felsenfest ist der Widerstand, der dem Feinde entgegengesetzt wird. Je stärker der Druck, um so hartnäckiger bäumt sich, stillschweigend duldend, das bedrohte Volk gegen die Knechtschaft auf. Es ist ein Ringen um Leben und Tod.

Darum heißtt **Alle**, die Ihr im unbefestigten Gebiet jene schwere wirtschaftliche und seelische Not nicht unmittelbar verspürt, um das Durchhalten des über Deutschlands Bestand entscheidenden Kampfes zu ermöglichen! Das einmütige Zusammenstehen der gesamten Bevölkerung der besetzten Gebiete ist uns **Leuchsendes Vorbild!** Nur **opfermußiges Beharren in gemeinsamer entschlossener Abwehr** kann das gierige Verlangen unserer Feinde in Ohnmacht wandeln!

Der erste Aufruf der Handelskammer und der Aufruf der gesamten wirtschaftlichen und beruflichen Spartenverbände Deutschlands haben in Lübeck bereits 80 Millionen Mark erbracht. Aber erhebliche weitere Summen sind bei der wachsenden Not in allen deutschen Ländern dringend erforderlich. Gebt drum **jeder**, der noch keine Spende zur „Ruhrhilfe“ beigetragen hat oder beitragen konnte, um seiner eigenen Zukunft willen nach bestem Können! Aber auch Alle, die schon gezeichnet haben, bitten wir, angesichts der Anforderungen, die an die Gesamtheit des deutschen Volkes in steigendem Maße gestellt werden, die Leistung eines nochmaligen Beitrages zu erwägen.

Zahlungen nehmen nach wie vor die Kasse der Kaufmannschaft, Breite Straße 6, und sämtliche Banken auf das Konto „**Ruhrhilfe**“ entgegen.

Lübeck, den 15. Februar 1923.

13054

Die Handelskammer.

Unzeigen,

die in der an dem bett. Tage erscheinenden Nummer des **Lübecker Zeitungsberichts** veröffentlicht werden sollen, müssen an **Mr. Müller** in der an dem bett. Tage erscheinenden Nummer des **Lübecker Zeitungsberichts** veröffentlicht werden sollen, müssen an **Mr. Müller**

unterrichtet werden.

Die Geschäfts-

stelle des

Lübecker Volks-

boten.

Unterschrift: 48.

Bei Werbung und

Kaufmannschaft!

Nein neues Aufzug

der Art waren billig!

200 Pz. eine Reihe

gewöhnliche und

günstige Preise,

große Sätze reicht

Großer Preis

Großteilchen & Herren

Damen und Kinder,

sofortig.

Großteilchen mit

Preisen.

Wilhelm Borch

19. Februar 1923.

13028

5 hausen 13

sofortig. Hörner

sofortig. Legespiele

sofortig. Blätter.

sofortig. Schuhe.

sofortig. Kleider.

sofortig. Schuhe.

Freitag, 16. Februar 1923.

Nummer 40.

1. Beilage.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 16. Februar.

Die Hungerkatastrophe.

Wir haben des öfteren darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, Maßnahmen gegen den Hunger zu ergreifen. Nichts ist gelobt. Die Reichsregierung hat zuständig zuwohnen, wie bisher mit den Nahrungsmittelein gewusst worden ist, wie die Reichen gescheint und wie die Armen genugt haben. Obwohl es von Tag zu Tag schlimmer wird, werden durchgreifende Maßnahmen nicht getroffen. Man kommt aus dem Stadium der Erwähnungen nicht heraus. Zwischen verhungern Teile des deutschen Bevölkerung. Das ist keine Übertreibung. Das ist erst dieser Tage von einem Gelehrten festgestellt worden. Und es ist auch die bürgerliche Presse, die darüber Anzeichen macht. Dieselbe Presse, die in den letzten Jahren fast täglich nach der freien Wirtschaft schrie. Sie sollte uns billige und reichliche Nahrungsmittel bringen. In Wirklichkeit hat sie zu der Katastrophe geführt, die jetzt zu verzeichnen ist.

Der Physiologe der Universität Halle, Geh. Rat Abderhalden, hat dieser Tage einen Vortrag über seine Erfahrungen auf dem Gebiete der Unterhaltung alter Leute in Deutschland gehalten. Er erklärte, daß in Deutschland im Laufe dieses Winters viele Tausende von Menschen bußföhlich verhungert seien. Das die Altershilfe betreffe, so können die Hilfsbedürftigen, insbesondere die „verhängten Armen“ vielfach viel zu spät, in Lumpen gewickelt, halb erfrieren und zu Steletten abgemagert. Professor Abderhalden meint, daß in Deutschland noch viel zu wenig für die hungernden alten Leute getan werde. Um im Auslande auf den wahren Zustand im Deutschen Reich hinzuweisen, wird er in nächster Zeit Aussätzungsprotokolle in Bern, Basel und Zürich halten. Prof. Abderhalden, der früher an der Universität Basel wirkte, ist geborener Schweizer.

So weit sind wir also gekommen. Der Hungertod geht um in Deutschland. Wie hat man sich entzieht, als im Vorjahr die Nachrichten aus Russland über die Hungerkatastrophe kamen. Und jetzt sind hier ähnliche Ereignisse zu verzeichnen. Viele Leute sind bereits verhungert. Weitere Männer sind dem Hungertode nahe. Hunderttausende, ja Millionen sind unterernährt. Die Jugend arbeitet, sie verhungert. Die nächste Generation wird krank sein. Natürlich sind es die Besitzlose, die allein von diesem furchtbaren Elend betroffen werden. Die Besitzenden, die das Proletariat täglich ausrauben und ihm das letzte Mark aus den Knochen ziehen, sitzen an reichgedeckten Tafeln und mästen sich auf. Der Wucher herrscht in Deutschland. Tats ist der Dollar gefallen, sehr erheblich gesunken, doch die Preise bleiben oder fallen nur langsam, werden auch finanziell aufrecht erhalten. So berichten die Zeitungen von den Produktenbörsen:

„Am Produktionsmarkt kommen sich bei starker Zurückhaltung des Angebots die Getreidepreise ungefähr behaupten.“

Starke Zurückhaltung des Angebots. Das heißt, das Getreide wird jetzt nicht auf den Markt gebracht! Dabei werden für den Rentner Weizen 66 000 Mark und für den Rentner Roggen bis 58 000 Mark an den Produktenhäusern bezahlt. Diese Preise sind den sozialen und nationalen Agrarier zu niedrig. Dafür geben die „zu allen Opfern bereiten Landwirte“ das Getreide nicht ab. Ihre Spekulation ist auf noch höhere Preise gerichtet. Damit erreichen sie, daß jetzt die Preise nicht fallen, und wenn wieder ein neuer Wirtschaftsruck erfolgt, streichen sie neue enorme Wucherpreise ein. Keine bürgerliche Zeitung werdet sich dagegen. Raum ein Pastor erhebe dagegen seine Stimme, obwohl in den Kirchen gedacht wird: „Unser tägliches Brot gib uns heute.“ Der ganze Sinn der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist nur auf hohe Profite, auf Vermehrung ihres Reichtums, auf Sicherung ihres Schlemmerlebens gerichtet. Und wenn Millionen Menschen wegsterben, so wird nicht Unken gehalten. Höchstens werden einige Betteluppen verabreicht oder man tanzt für die Armen. Diese Zustände werden nicht eher anders, als bis das gesamte Proletariat eine geschlossene Front gegen die Kapitalistenschlaf bilden. Dann erst kann im Kampf eine bessere Ordnung durchgesetzt werden.

Nur nicht zuviel!

Die Hamburger Butterpreis-Gesellschaft kommt den Butterpreis nicht ganz verantworten. Sie setzt den Butterpreis um 1000 Mt. herab. Statt 8400 Mt. soll sie nun 7400 Mt. kosten. Milch, die mit 820 Mt. notiert war, wurde auf 756 Mt. jeftz erhöht. Das bläulich-weiß gefärbte Wasser, so man Magazin nennt, kostet pro Liter 372 Mt.

Besonders angestrengt hat sich das Preismonopol gerecht nicht, daß der Dollarchein als Heiligenbild verehrt und dessen wahnwitzige Steigerung mit Vergnügen mitmachte. Bei der vorherrschenden Preissteigerung stand der Dollar auf 22 000, der Butterpreis betrug 8400 Mt. Gestern notierte der Dollar 19 000, der Butterpreis beträgt 7400. Das heißt also: der Dollar ist um 40 Prozent, der Butterpreis aber nur um 12 Prozent. Wie dies Beispiel zeigt, versteht Agentur und Handel jämmer zu rechnen. Zugunsten ihrer Tasche natürlich.

Der Lübecker Milchpreis wird auf 640 Mt. festgelegt.

Von der Fürsorge des Wohlfahrtsamtes für Arbeitslosen.

Man schreibt uns:

Seit etwa 1½ Jahren zahlt das Wohlfahrtsamt auf Grund eines Reichsgesetzes an Rentenempfänger der Invaliden- und Altersrentenversicherung Zuflüsse zu ihren Renten, weil diese in einer Weise nicht mit der Geldentwertung Schritt gehalten haben. Die Invaliden- und Altersrenten betragen jetzt ungefähr 750 Mt. im Monat, dagegen werden die Rentenempfänger vom gleichen Einkommen von 9000 Mark und die Empfänger einer Alters- oder Invalidenrente auf ein monatliches Einkommen von 10 000 Mark, die Empfänger einer Witwenrente auf ein monatliches Einkommen von 9000 Mark und die Empfänger einer Witwrente auf ein monatliches Einkommen von 5000 Mark gebracht werden. Dabei werden Einkünfte aus Erbpachten, Unfallrente, Pensionen, Leistungen des Heiligenstiftshospitals und der gleichen bis zur Höhe von 3000 Mark monatlich und ein Arbeitsentkommen bis zur Höhe von 10 000 Mark monatlich nicht anerkannt. Wer allerdings noch voll in Arbeit und Verdienst steht, vor den Zuschuß vom Wohlfahrtsamt nicht erhalten. Als Verdienst in diesem Sinne gilt auch die Entlohnung bei der produktiven Arbeitsfürsorge. Auch die Empfänger von Erwerbslosenunterstützung kommen nicht in Frage. Dagegen können Empfänger von Krankengeld unter Umständen noch einen Zuschuß erhalten. Anzurechnen ist auch der Unterhalt, den die Rentenempfänger von unterhaltspflichtigen Angehörigen erhalten oder doch verlangen können. Bei dieser Anrechnung verfügt das Wohlfahrtsamt über, um härten zu vermeiden, sehr entgegenkommen,

indem es z. B. den Unterhalt, den ein lediger Sohn mit normalem Arbeitsverdienst, wenn er sich im selben Haushalte befindet, dem Rentenempfänger zu gewähren hat, nur mit einem Beitrag von 2000 Mark monatlich anrechnet, bei einem verheirateten Sohn mit einem Kind mit 1000 Mt., bei einem verheirateten Sohn mit einem Kind mit 500 Mt. und mit zwei Kindern mit 200 Mt. monatlich. Söhne mit drei oder mehr Kindern werden als unterhaltspflichtig überhaupt nicht betrachtet. Wohnt der Sohn nicht mit dem Rentenempfänger zusammen, so wird entsprechend weniger angelebt, wohnt er nicht in Lübeck, so wird er nur mit 500 Mark, ein verheirateter Sohn mit 200 Mt. und Söhne mit eigenen Kindern überhaupt nicht in Anrechnung gebracht. Hat der Rentenempfänger noch die Pflicht zu unterhalten, die selbst keine Rente bezieht, so wird die Unterhaltspflicht des Kindes nur auf die Mutter angerechnet und dem Rentenempfänger selbst nicht in Anrechnung gestellt. Wenn das Wohlfahrtsamt die Unterhaltspflicht der Kinder so gering ansieht, so geht es dabei davon aus, daß die Unterstützungsstufe im Verhältnis zu der heutigen Tendenz so gering bemessen sind, daß die Kinder auch über ihre hier aufgestellte Pflicht hinaus den Eltern werden helfen müssen. Das selbe gilt von Schwagerkindern usw., die nach dem Gesetz nicht zum Unterhaltspflichtig sind, bei denen man aber, wenn sie zur Unterhaltsgewöhnung in der Lage sind, doch eine moralische Pflicht annehmen muß. Insgesamt erhalten auf Grund dieser Bestimmungen alljährlich rund 2500 Rentenempfänger beim Wohlfahrtsamt ihre Unterhaltung.

Von den Aufwendungen auf Grund des Unterstützungsgeleistes trägt die Stadt Lübeck ein Fünftel. Daneben läuft eine Unterstützung in besonderen Notfällen aus ländlichen Mitteln. Es werden z. B. Beihilfen gewährt in Krankheitsfällen. In solchen Fällen soll sich der Rentenempfänger, wenn er nicht in der Krankenanstalt ist, vor Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe beim Wohlfahrtsamt einen Krankenschein holen. Darauf erfolgt ärztliche Beurteilung und Lieferung von Arzneimitteln zu Krankenkassenpreisen und das Wohlfahrtsamt übernimmt unter Umständen auch diese Kosten noch. Stirbt ein Angehöriger eines Rentenempfängers, den dieser unterhalten hat, oder stirbt er selbst und hinterläßt eine rentenentschädigte Witwe, so zahlt das Wohlfahrtsamt auf Antrag einer Beihilfe zu den Beerdigungskosten. Auch sonst kann, wenn plötzlich größere Ausgaben an den Rentenempfänger vorliegen, eine Beihilfe gewährt werden. Ohne Antrag erhalten die Rentenempfänger, soweit sie nicht frei kost geziehen, vom Wohlfahrtsamt Gütescheine zur Beihilfestellung von Brot sowie auf Antrag Gasverbilligung bzw. eine Beihilfe zur Belebung auf Petroleum. Endlich ist die Fürsorgestelle auch dazu übergegangen, zu den Mieten, wo sie wesentlich aufsteigt sind, auf Antrag Beihilfen zu gewähren. Hierzulande, Petroleumbefüriffen können dort nicht gewährt werden, wo in Verdienst steckende Angehörige die Wohnung und das Gas bezogen, das Petroleum mit kennen, Miethilfeselbst dort nicht, wo der Rentenempfänger bei Angehörigen wohnt oder wo er die Miethöhung auf einen Untermieter abwälzen kann. Endlich können marginale oder ungewöhnliche Rentenempfänger auf Antrag auch Gütescheine zum verbilligten Milchbezug gewährt werden.

Neben diesen Unterstützungen verschiedener Art, die fortlaufend gesetzen werden können, ist das Wohlfahrtsamt von Zeit zu Zeit auch in der Lage gewesen, einmalige Beihilfen an alle zulässig berechtigte Rentenempfänger zu gewähren. So ist zu Beginn des Winters eine Verförderung mit Winterfeuerung und Kartoffeln zu sehr wesentlich verbilligten Preisen erfolgt. Die Kosten sind grundsätzlich aus ländlichen Mitteln gedeckt worden, doch hat auch das Reich einen Zuschuß dazu gewährt. Kürzlich wurde vom Reich erneut eine Summe zur außerordentlichen Unterstützung von Rentenempfängern ausgeleistet, von der auf Lübeck der Betrag von rund 5 Millionen Mark entfiel. Das Wohlfahrtsamt hat sich sofort, nachdem dieser Betrag angekündigt war, um eine gültige Anlegungsmöglichkeit dafür bemüht und es ist ihm gelungen, inmitten der allgemeinen Preissteigerung noch einen Poco Margarine und Butter zu günstigem Preis zu kaufen und schon vom nächsten Tage an konnte jedem zustimmungsberechtigten Rentenempfänger ein Gutschein zum unentgeltlichen Bezug von ½ Pfund Margarine und 1 Pfund Butter mitgegeben werden. — Bei der Zahlung Anfang Januar hat das Wohlfahrtsamt Gütescheine der deutschen Postgemeinschaft zum unentgeltlichen Bezug von ½ Pfund Butter und 5 Pfund Süßigkeiten verteilt. Es besteht Hoffnung, daß bei der nächsten Zahlung noch einmal eine derartige Verteilung vorgenommen werden kann.

In den beiden letzten Jahren geschafften Hilfemaßnahmen können außer den Invaliden- und Altersrenten auch die Empfänger von Invaliden- und Altersrente teilnehmen, soweit ihre Füllsätze die der Invaliden- und Altersrente nicht übersteigen. — Die ganze Füllsätze wird in engem Einvernehmen mit dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands, Gruppe Lübeck, ausgeübt, dessen Vertreter zu jeder Sitzung eingezogen werden. Anträge bei der Fürsorgestelle sind zu stellen in der Straße im Zimmer 23 des Wohlfahrtsamtes, vormittags zwischen 8½ und 12 Uhr.

Gummungen für Bedürftige in den Schulen.

Die außerordentliche Not, insbesondere unter den Arten und Erwerbsunfähigen, hat auch in den Lübecker Schulen die Opferbereitschaft geweckt. Es sind in den allermeisten Schulen Sammlungen in der Lehrerkraft und in den einzelnen Klassen eingeleitet worden, teils in Geld, großenteils aber in Naturalien, die Mutter und Kinder von zu Hause mitbringen, um sie Notleidenden zugute kommen zu lassen. Dadurch, so meint das Wohlfahrtsamt, werden die Kinder von früh auf die Notwendigkeit und die innere Bereicherung einer gegenseitigen Hilfe innerhalb der Volksgemeinschaft hingewiesen. Einzelne Schulklasse verfügen auf diese Weise bestimmte Bedürftige Rechte für Woche mit den nötigen Lebensmitteln. Es ist zu hoffen, daß diese so dankenswerte Tätigkeit bestehen bleibt, solange die gegenwärtige außerordentliche Not andauert.

Diese Art Sammlungen haben ganz bedeutsame Schattenseiten. Manchen Kindern ist so Gelegenheit gegeben, sich vor ihren Kameraden herauszutun und zwar mit den Mitteln der Eltern. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Lehrer auf den Widerspruch aufmerksam machen, der in dem Verhältnis eines einen und der anderen liegt. Noch weniger, daß ihnen klar gemacht wird, der mitunter zweifelhaft erworbene Reichstag habe die Verleidung des Volkes mit zur Folge. Soziale Hilfe ist schön, aber soziale Hilfe ist Pflicht nicht im Sinne bürgerlicher Wohltätigkeit, sondern vom Standpunkt des Reichs aus. Würden die beteiligten Klassen ihre staatsbürglerische Pflicht voll erfüllen und dafür sorgen, daß die Preise sich im entständigen Grenzen halten, dann wäre es nicht notwendig, den Kindern auf diese Art Mitteld zu lehren. Im wirtschaftlichen Leben wird frei die Tugend noch Tiefe der Grundsozial hochgehalten. Mitteld sei die Tugend noch Tiefe der Schwäche. Die ungeheuren Folgen dieser kapitalistischen Praxis glauben viele durch soziale Quaßsäferei von der jugendbeladenen Seele zu wälzen. In dieses widerstreitende Prinzip sollten alle Reipulenken vornehmen. Wir rufen Ihnen, 30 Gramm edle Toluba keine zu kaufen, die wirkt am völlig unbedeutende, setzende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie mal täglich 1-2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengut. 16

Fr. Die demokratische Partei in Lübeck hatte zu Donnerstag abend eine öffentliche Versammlung nach dem Sturmabend einberufen, wo Graf Bernstorff über die allgemeine Lage und die Wahrnehmung sprach. Herr Eicholtz als Versammlungsleiter hatte seine Gelehrten um sich geschart und man konnte es ihnen vom Gesetz ablesen, daß sie sich wie kleine Könige vorkamen, da die Versammlung gut besucht war. Mit dem Beurteilnis, daß die Republik Allgemeingut sei, erzielte Eicholtz „Seiner Exzellenz dem Herrn Grafen“ das Wort. Wann sprach sich Bernstorff für die Einheitsfront aus. Ebenso unstrittig er die Erfüllungspolitik. Gleich wie verurteilte er den nationalsozialistischen Rummel. Interessant war das Bekennnis, daß die demokratische Partei sich als die Brücke zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterklasse betrachtet. Deshalb ja auch die Lübecker Klein-Demokratie und das Arbeiter-Turn-Gefecht mit dem Bürgerblad durch dick und dünn. Bernstorff zog den lebendigen Geist v. n 1813 aus der Tiefe. Wenn diesem Rechnung getragen würde, so könnte ja manche historische Kriegervereinsabzeichen hiesiger Demokraten nachdringender verworfen werden. „Gott strafe England“ das gilt heute nicht mehr, sondern durch England müsse die Befreiung kommen. Der Mensch kann sich doch auch ändern und irre. Was hilft nun alles Hirn und Herz? Der Graf hatte seine Mission erledigt. Eine Ansprache fand nicht statt. Stehend sang man Deutschland, Deutschland über alles. Wohl in seinem Spieldräger schwang das Herz wieder fröhlich; man fühlt sich einmal so recht erhaben. Wenn die demokratische Bürgerkampfstraktion eingesetzt von dem Grafen vorgetragen zur Kenntnis nehmen würde, dann würde die Versammlung wenigstens etwas Produtives zeitigen.

Die Preußisch-Südwestdeutsche Klassen-Lotterie hat eine Wende rung erfahren. Die außerordentliche Geldentwertung hat die Direktion der staatlichen Lotterie gezwungen, den Lospreis zu erhöhen und einen neuen Plan aufzustellen der eine zeitgemäße Erhöhung der Gewinne bringt. So ist das viermal verteilte „Große Los“ auf je 30 Millionen gebracht, denen sich weitere Gewinne von 20, 10, 5, 3, 2 und 1 Millionen usw. anschließen. Die 4 Preämien sind auf zweimal 50 Millionen und zweimal 20 Millionen erhöht, sodass im glücklichen Falle auf 1 Los die Summe von 100 Millionen, auf ein Doppellos sogar 200 Millionen gewonnen werden können. Der Lospreis ist auf 12 000 Mark das ganze Los und Lotterie für diese und die nächste Lotterie des Jahres festgesetzt. Da die 1. und 2. Klasse bereits gezogen sind, müsste der Ausgleich auf die Restklassen verteilt werden, und kostet je ein Viertel 3. Klasse 600 Mark, je ein Viertel 4. Klasse 725 Mark, während der Lospreis später wieder gleichmäßig verteilt wird. Von einer Erhöhung der Loszahl ist, trotzdem die Generallotterie-Direktion ausverkauft ist, Abstand genommen.

Deutsches Volksopfer! Die Handelskammer erläutert in der heutigen Nummer erneut einen Aufruf an die gesamte Kaufmannschaft von Lübeck zur Unterstützung des wirtschaftlichen Entscheidungskampfes, der sich zwischen Deutschland und Frankreich entscheidet. Wie angegeben wird, hat der erste Aufruf der Handelskammer und der Aufruf der deutschen wirtschaftlichen und kaufmännischen Spitzenverbände in Lübeck bisher den Betrag von rund 80 Millionen Mark erbracht. Von diesem Ertrage sind 38 Millionen Mark, über welche die Handelskammer verfügen konnte, bereits an den von der Reichs- und den Länderregierungen eingesetzten Vertrauensaußen, an denen Spitze der Reichsanziger steht, überwiesen worden, da für die Verteilung der gesamten für das Volksopfer eingehenden Spenden eine zentrale Leitung unabdingbar gehoben erscheint. Neben die weiteren Einnahmen wird ein Ausfall der vereinigten wirtschaftlichen und kaufmännischen Spitzenverbände befürchtet. Bei öffentlichen Aufrufen über die auf das Konto „Ruhr hilfe“ eingehenden Beträge wird vorerst absehen.

Heuer in der Königstraße. In der Buchdruckerei von Seesse brach am Donnerstag mittag ein Feuer unter dem Fußboden aus. Der Einbruch unter dieselben, eine Stunde, war in Brand geraten. Die Feuerwehr hatte etwa 2½ Stunden zu tun, da der Fußboden aufgerissen werden mußte.

Schiffahrtseinstellung auf dem Elbe-Dreieck-Kanal. Die volkswirtschaftliche Käufe beginnen für die Schiffahrt im Elbe-Dreieck-Kanal hinderlich zu werden. Eisestralen mußte der Verkehr mit hölzernen Schiffen auf dem Kanal eingestellt werden.

Teuerung und Löhne im Jahre 1922. In der unter dieser Überschrift gestern veröffentlichten Artikel hat sich leider durch ein technisches Versehen ein Fehler eingeschlichen. In der Tabelle mit den Angaben über die einzelnen Monate sind die Dezemberfälle durchgehend falscher, was dem aufmerksamen Leser nicht entgangen sein wird. Entgegen der vorangehenden Darstellung muss es lauten: Löhne der Metallarbeiter 425, der Bauhandwerker 415, der Holzarbeiter 478, der Buchdrucker 371.

pb. Eisenriegelstahl. Wegen dringenden Verdachts der Heißarbeit wurde eine in der Glodrechtersche Wohlfahrtshilfe Händlerin und deren Gesellschafter, ein in Salzwesel wohnhafter Händler, festgestellt. Beide wollten mit einem Fuhrwerk bei Gothmund 8 Zentner Eisen übernehmen, das mit einem Boot geladen wurde. Der auf einem industriellen Werk beschäftigte Verkäufer will das Eisen von einem Travemünder Fischermeister gekauft haben, der ihm das Eisen aus reiner Gefälligkeit mit in dem Boot von Travemünde nach Gothmund gebracht hätte. Er wurde ebenfalls festgenommen.

pb. Rote Verwandtschaft. Gestern wurde aus Soest, der einem Verwandten, mit dem er hier zugelebt hat, und mit dem er ein gemeinschaftliches Hotelzimmer benutzt, während der Nacht 45 000 Mark gestohlen.

pb. Falsche Telegraphenbeamte. In den letzten Tagen sind hier zwei Männer aufgetreten, die Fernsprechteilnehmer aufzuladen, um angeblich deren Apparate auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen. Sie sind hierzulande nicht beauftragt, vielmehr scheint man es mir Leuten zu tun zu haben, die nur Gelegenheit zu Diebstählen suchen bezüglich austauschbaren, wo sich Einbruchsfähige und dergleichen lohnen. Alle Telegraphenarbeiter, die mit dem Nachleben der Apparate betraut sind, sind im Besitz einer roten Ausweisplatte mit von der Reichspost gestempelter Lichtbild ver sehen, die sie auf Verlangen vorzeigen haben. Andernfalls tragen Telegraphenarbeiter entsprechende Armbinden. Zu empfehlen wäre, wenn sich das Publikum vorkommenden Falles die Legitimation solcher Beamten vorzeigen läßt.

Schlutup. Wohnungssachen. Hier fand eine Besprechung von Beamten des Wohlfahrtsamtes mit Vertretern der Schlutuper Bevölkerung über die in Schlutup herrschende Wohnungsschwäche statt. Der Wohnungsbedarf Schlutups ist besonders groß, da die Industrie dort viele Kräfte dort hingezogen hat und der Wohnungsbau mit dieser Entwicklung der handig

Eine Entsetzungsfür

sollten alle Reipulenken vornehmen. Wir rufen Ihnen, 30 Gramm edle Toluba keine zu kaufen, die wirkt am völlig unbedeutende, setzende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie mal täglich 1-2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengut. 16

Wachsenden Kosten wegen nicht Schritt halten konnte. So entstand ein ganz empfindlicher Wohnungsmangel, der um so fühlbarer wurde, da in Schlutup größere Grünenhäuser, in denen sich Notwohnungen einbauen lassen, gänzlich fehlten. Man war sich darüber einig, daß die noch nicht genügend ausgenutzten Wohnungen stärker zum Einbau herangezogen werden müssen und die Industrie für Kräfte, die sie von auswärts heranzöge, selbst Wehngelassenheit schaffen müsse. Um ein engeres Zusammenarbeiten zwischen der Bevölkerung und dem Wohnungsamt herzustellen, wurde es für angebracht gehalten, daß Vertreter der Bevölkerung persönlich mit den Beamten des Wohnungsamtes Führung nehmen sollten. Man hofft dadurch eine schnellere und glattere Abwicklung der Wohnungsfrage in Schlutup zu erreichen. Von Vermietz- und Mieterseite wurden die Herren Ramm und Harms gewählt.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Sonnabend 1. Februar eine öffentliche Gastvorstellung von "Tannhäuser". Göte: Gott Seijk vom Dresdener Opernhaus, Josef Croen vom Hamburger Stadttheater, Max Feling vom Landes-Theater Schwerin. Für den Tannhäusergäst ist die Zusage noch nicht eingetroffen.

Stadttheater. Sinfoniekonzert. Auf das am 19. Februar stattfindende Sinfoniekonzert öffentliche Sonntagsvormittag 11 Uhr sei besonders hingewiesen. Als Guest wird der Violinvirtuose Weißgerber, ein ganz hervorragender Künstler, mit.

Haspa-Theater. Heute, Freitag, 7½ Uhr: zum letzten Male: "Madame Pompadour". Sonnabend und Sonntag, 7½ Uhr: "Vogaccio".

In den Stadthallen-Lichtspielen wird von heute ab ein Film: "Der Rhein vor sich".

Der Volkshochschulverein nimmt die bei den Söhnen sehr beliebten Sonnenbevorträge wieder auf. Als nächste herztig Veranstaltung findet am Sonnabend 4½ Uhr in der Aula des Lehrerseminars ein Vortrag von Herrn Direktor Dr. Rosenthal über Sprangers "Leben & Formen" in ihrer Bedeutung für die deutsche Kunst- und Literaturgeschichte statt.

Angrenzende Gebiete.

Kensfeld. An die Arbeiter in Seerey-Dänischburg! Am 17. Februar abends 7½ Uhr hält der Arbeiter-Jugendverein Schwartau-Kensfeld im Lokale des Herrn Cordis-Seerey einen Unterhaltungs- und Werkeabend ab. Wir bitten, uns durch zahlreicher Besuch zu unterstützen. Das Jugendomitee.

Der Gesamtauslage unseres Blattes liegt ein Prospekt über Misskasse "Mita" bei.



Darin liegt das Geheimnis für die stets gleichbleibende Güte!

Amtlicher Teil

Das Gesetz- und Verordnungsjahrt
der Freien und Hansestadt Lübeck vom 16. Februar 1923 Nr. 12 erläutert. (15051)

Bestimmung betreffend Einführung einer
der Erzieherinnenbetreuung, Reformierung, betref-
fend Erziehung eines Kindes zur Eltern-
pflichten zum Zweck für die Elternlohn ab 12. Februar
1923 die bei Bezugung der vom
Stadtverwaltung beriebenen oder zugeschaffenen
Geldabrechnung auf dem Eltern-Pauschal zu
entrichten ist.

Höchstpreis für Vollmilch
ab 15. Februar 1923 640 — M. je Liter. Der
höchste Preis ist Höchstpreis im Sinne des
Förderpreisgesetzes. Überleitungen werden auf
Grund der Förderpreisordnung bestellt.

Lübeck, den 12. Februar 1923. (15070)

Das Landesversorgungsamt.

Reichsmäßlicher Teil

**Deutscher
Verkehrsverbund.
Dienstboten-**

**Deutscher
Reisebüro-
Verband.**

Nachruf.

Zum Andenken an
den Herrn Paul und
die neue Reichen
der Stadt 18.31

Herr J. W. G.

Echte Farben, C
Zentral
Die Sachenme
der zur Stra
zur Straße 12,
zum 30. Mai, in
Vororten von
Die Ortsverwaltung

Ausschreiben!

Ausschreiben!

Landstrafenkasse für den Landesteil Lübeck.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung über Grundlöhne in der Krankenversicherung vom 2. Februar d. J. hat der Kassenvorstand in seiner Sitzung vom 14. Februar den Höchstgrundlohn ab 12. Februar 1923 auf täglich 880 M. festgesetzt.

Zu den beitehenden Lohnstufen treten ab diesem Tage die folgenden hinzu:

Lohn- stufe	Tagesverdienst	Geh- lohn		Wochen- verdienst		Davon arbeits- unfähig		Wochen- verdienst		Geh- lohn	
		in M.	in M.	in M.	in M.	in M.	in M.	in M.	in M.	in M.	in M.
XX	190,01 bis 250,—	2100	1008	226	672	1200	48000				
XXI	2500,01 bis 3100,—	3010	1200	420	840	1500	60000				
XXII	über 3100,—	3600	1512	504	1048	1800	72000				

Die verheirateten landwirtschaftlichen Deputierterarbeiter sowie die freie- und handarbeiter haben demnach ab 12. Februar 1923 einen wöchentlichen Beitrag von 1512 — M. die Arbeitnehmer einen solchen von 108 — M. Mark und die Weißfreien 90 — M. zu zahlen. Der wöchentliche Beitrag für Eheleute, Dienstmädchen usw. ist aus der nächsten Beitragsrechnung zu erhalten.

Der Vorstand.

Allgemeine Ortsstrafenkasse für das Fürstentum Lübeck

Gutten, den 14. Februar 1923.

Auf Grund der Verordnung über Grundlöhne und Sterbegeld in der Krankenversicherung vom 2. Februar 1923 (Reichsgesetzblatt Seite 99) hat der Kassenvorstand mit Wirkung vom 12. Februar 1923 ab den Grundlohn nach dem durchschnittlichen Lohnentgelte der Mitglieder bis auf 8800 Mark erhöht. Demzufolge sind vier Stufen neu einzufügen worden, nämlich:

Lohnstufe	Arbeits- verdienst für den Arbeits- tag bis einschl.	Geh- lohn	Wo- chen- beitrag im ganzen		Kranken- geld für den Arbeits- tag	Sterbe- geld					
			in M.	in M.							
X	2590	2250	—	1080	720	—	360	—	1125	—	45000
XI	2940	2700	—	1296	864	—	432	—	1350	—	54000
XII	3360	3150	—	1512	1008	—	504	—	1575	—	63000
XIII	über 3360	3800	—	1728	1152	—	576	—	1800	—	72000

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, für die von ihnen Beschäftigten deren Grundlohn nach der vorliegenden Neuregelung mehr als 1800 Mark beizutragen, der Kasse bis spätestens 21. Februar d. J. die zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Lohnangaben zu machen. Kasse nicht bis zum 21. Februar eine Mitteilung des Arbeitgebers über einen geringeren Arbeitsverdienst des Beschäftigten erfolgt, werden die Pflichtmitglieder der bisherigen höchsten Stufe X der jetzigen höchsten Lohnstufe XIII zugetellt werden.

Mitglieder, deren Grundlohn nach dieser Änderung der Beitrag von 1800 M. überschreitet, haben auf die ihrem neuen Grundlohn entsprechenden höheren Kasseneinzahlungen erst vom 12. März 1923 ab Anspruch.

Der Vorstand. H. Steenbock.

Gruß entlassenwilliger!

Nachdem die Apotheker die Absicht der Krankenkassen eine

(15060)

Bereilligung der Verbandsapotheke

herbeizuführen, mit der Verweigerung des Kredits für die Krankenkassen verantwortet haben, sehen wir uns zu folgenden Maßnahmen genötigt:

Verbandsapotheke sind nicht in den Apotheken, sondern nur in den noch bekannt zu machenden Abgabestellen der Kasse zu entnehmen. Abgabestellen sind zunächst für die Mitglieder der Ortsstrafenkasse im Verwaltungsgebäude Fleischhauerstr. 55/57, für die Mitglieder der Betriebs- und Innungskrankenkassen im Verwaltungsgebäude der Lübeck-Bücher Eisenbahn, Bahnhofplatz, für alle Krankenkassenmitglieder bei der Firma J. U. C. Deltmann, Königstr. 84/86, Ecke Wahrstraße, und bei der Firma Dr. Wolfertmann & Co., Beckergrube 2. Weitere Abgabestellen werden noch bekannt gemacht.

Arzneien sind in den Apotheken gut zu bezüglich. Die Mitglieder müssen sich in den Apotheken eine Quittung über den bezahlten Betrag ausstellen lassen. Die Apotheken sind zur Erteilung einer Quittung gemäß § 368 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet. Bei Vorlage der Quittung und der Verordnung des Arztes erhalten die Kassenmitglieder in der Geschäftsstelle ihrer Kasse das veranslagte Geld zurück. Die Kassenmitglieder werden erachtet, im eigenen Interesse die Nachnahme ihrer Kasse zu unterstützen. Es handelt sich für die Kassen um die Ersparung von

3. Januar, 1. Februar, 1. April, 1. Juni, 1. August, 1. Oktober, 1. Dezember.

Die Apotheken sind gebeten, die Kasse zu unterstützen.

Die Apoth